DIE LINKE.
Kreisverband Bergstraße

Eingang Kreistagsbüro:

09.02.2015

Herrn
Gottfried Schneider
Vorsitzender des Kreistages
Landratsamt
Gräffstraße 5
64646 Heppenheim

Antrag DIE LINKE. Bergstraße: Beitritt zum Aktionsbündnis „für die Würde unserer Städte“

Sehr geehrter Herr Schneider,

DIE LINKE Bergstraße beantragt den schnellstmöglichen Beitritt zum Bündnis namentlich „für die Würde unserer Städte“

Beschlussantrag und Ausführung:
Der Kreistag möge beschließen: „Der Kreis Bergstraße tritt dem Aktionsbündnis „für die Würde unserer Städte“ bei. Der Landrat/Kreisausschuss wird beauftragt, die entsprechenden Schritte einzuleiten.

Begründung: 2013/2014 haben sich zahlreiche Städte und Gemeinden, anfänglich aus NRW, als Reaktion auf die Übertragung von Aufgaben durch den Bund ohne Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel bei gleichzeitiger Finanzmittelknappheit und zunehmender Verschuldung der Kommunen zu einem „Aktionsbündnis für die Würde unserer Städte“ zusammengeschlossen. Zu den Gründungskommunen gehören u.a. die Städte Mülheim a.d. Ruhr, Bochum, Dortmund, Essen, Hagen, Oberhausen und Wuppertal. Am 21. November diesen Jahres sind Städte aus Rheinland Pfalz, unter ihnen Mainz, Worms und Ludwigshafen dem Bündnis beigetreten. Mit dem Beitrittsbeschluss sind wir der erste Kreis in Hessen, der den notwendigen Schulterschluss vollzieht, zur Stärkung der Städte und Gemeinden. Das Bündnis plant eine Aktion in Berlin, mit der auf die Finanzmisere der Städte und Gemeinden aufmerksam gemacht werden soll. Wir unterstützen deshalb den Aufruf des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses "Für die Würde unserer Städte" zu einer Kommunalkonferenz verarmter Städte, Kreise und Gemeinden am 23. und 24. Februar 2015 in Berlin.

Seit dem 21. November 2014 gibt es nun das bundesweite Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ mit dem Ziel, die Finanzierung der Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik nachhaltig zu verbessern.

Das Aktionsbündnis fordert im Einzelnen:

- Plenardebatten in Bundestag, Bundesrat und den Landesparlamenten zur Wiederherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Kommunen,
- eine Neuordnung der Soziallastenfinanzierung und eine Strategie zur Stärkung der kommunalen Investitions- und Instandhaltungsfinanzierung,
- einen Rettungsschirm zum Abbau der größten, weitgehend von Bund und Ländern verursachten kommunalen Altschulden, und strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips durch Bund und Länder - nach dem Motto: Wer bestellt, bezahlt - und zwar auch für die Folgen früherer Gesetze.
- die Bundesländer ausdrücklich auf, die Sorgen der verschuldeten Kommunen mehr als bisher zu berücksichtigen und möglichst bald Lösungsvorschläge unter Beteiligung der Kommunen vorzulegen. Das gilt insbesondere bei den anstehenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zur Neuordnung der Finanzbeziehungen.

Bruno Schwarz
DIE LINKE Kreis Bergstraße

Kapellenweg 5
64646 Heppenheim Ober-Laudenbach
T: 06252 126983
F: 06252 126985
M: 0172 9809003
M: 062527929009